

## Schlanker Staat in fetter Krise

Der Ausbau des Überwachungsstaates geschieht gleichzeitig mit dem Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften, die hauptsächlich von der ArbeiterInnen-Bewegung erkämpft wurden. In Erwartung neuer Krisen soll das österreichische Kapital durch Sozialabbau, Umverteilung und Verschlankung der Verwaltung im internationalen Konkurrenzkampf gestärkt werden.

Seite 2

## Für ein sozialistisches Katalonien!

Katalonien wird erschüttert. Zuerst gab es soziale Kürzungen, dann der Kampf um nationale Unabhängigkeit. Die spanische Regierung reagiert mit Repression. Ana Garcia von Izquierda Revolucionaria schreibt über die Bewegung als Aufstand auch gegen Sozialabbau und erklärt warum eine sozialistische Republik Katalonien nötig ist.

Seite 12

## Schwerpunkt

Überlastung im Job einerseits, Arbeitslosigkeit andererseits. Glaubt man der Propaganda von FPÖVP und den VertreterInnen der Wirtschaft, löst Flexibilisierung alle Probleme.

Seiten 7-10



# VORWÄRTS SLP)

Normalpreis €1,-  
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 263 | 12.17/01.18

# Für einen Aktionsplan gegen die neue Regierung!

Die Koalitionsverhandlungen bestätigen, dass Schwarz-Blau einen Frontalangriff auf ArbeiterInnen, MigrantInnen, Jugendliche und sozial Schwache vorbereiten. In Oberösterreich zeigen sie bereits ihr hässliches, elitäres Gesicht und damit die Politik, die uns bald bundesweit erwartet. Das angekündigte Sparpaket bedeutet u.a. Studiengebühren, Gebühren für Kindergärten, Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Sozialem sowie Lohnkürzungen bei NiedrigverdienerInnen. Davon

kündigt. Ein entschlossener Widerstand gegen die Angriffe in Oberösterreich kann der Auftakt für breiteren Widerstand gegen die unsoziale Agenda einer schwarz-blauen Bundesregierung (aber auch jeder anderen, die ähnliche Kürzungen plant) werden.

Damit der Widerstand erfolgreich ist, braucht er mehr als Unterschriftenlisten, Verhandlungen und Kundgebungen. Wir brauchen einen Aktionsplan, um Schritt für Schritt den Widerstand zu organisieren - und zu gewinnen!



## Die kommende Regierung bedroht alle, die nicht reich sind - wir brauchen entschlossenen Widerstand.

betroffen sind eigentlich alle, die nicht reich sind - und zwar egal, woher sie kommen!

Zu Recht haben Gewerkschaften in Oberösterreich Proteste ange-

Dafür müssen wir so viele Menschen wie möglich aus den betroffenen Bereichen einbinden. Eine Möglichkeit dafür sind Aktionskomitees, in denen Beschäftigte, Klien-

tInnen, PatientInnen und Angehörige darüber diskutieren, welche Forderungen nötig sind und was die nächsten Schritte sind. Sie können uns nicht gegeneinander ausspielen, wenn Aktive aus allen Bereichen zusammen einen Kampf gegen ALLE Kürzungen aufbauen. Das könnte z.B. im Rahmen von AktivistInnenkonferenzen stattfinden, bei denen Menschen aus dem Kulturbereich genauso mit dabei sind, wie

GewerkschafterInnen und Betroffeneninitiativen. Klar ist: Die Reichen führen entschlossen ihren Klassenkampf von oben. Um sie zurückzuschlagen brauchen wir entschlossenen Klassenkampf von unten: Streiks von der Schule bis ins Spital, Massenproteste auf der Straße bis hin zu Besetzungen, um mehr Druck aufzubauen und das alles bundesweit! Die Abwehr der Kürzungen ist der erste Schritt, um endlich wie-

der Verbesserungen für uns zu erkämpfen!

### Die SLP fordert:

- Bundesweiter, gewerkschaftlicher Aktionsplan, um ALLE Angriffe abzuwehren!
- Aktionskomitees, um die Bewegung breit und demokratisch zu organisieren!
- Neue ArbeiterInnenpartei als sozialistische Alternative zur etablierten Politik!



**von Sonja Grusch** Acht Tage nach der Nationalratswahl ließ die schwarz-blau Koalition in Oberösterreich die Katze aus dem Sack. Präsentiert wurde ein brutales Sparpaket mit Kürzungen in der Höhe von 147 Millionen Euro. Das Paket strotzt vor unsozialen Grauslichkeiten und zeigt, was im Bund auf uns zukommt: Mieten und Wohnbaukredite werden steigen, bei Sozialem, Gesundheit, Behinderten und Arbeitslosen wird gekürzt. An den Fachhochschulen werden Studiengebühren eingeführt, Kindergärten am Nachmittag kostenpflichtig, was zu deren Schließung in kleineren Gemeinden führen wird. Den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst – also in Pflege, Sozialarbeit, Schulen, Müllabfuhr, Verwaltung etc. – werden die Reallöhne gekürzt. Auch bei Kultur-, Jugend- und Fraueneinrichtungen wird der Rotstift angesetzt. Kombiniert mit Rassismus.

Kein Wunder, dass man bis nach der Nationalratswahl gewartet hat. WählerInnen der ÖVP, aber v.a.

## Von Katzen, Säcken und Kralleneinsatz

der FPÖ werden zu den Opfern dieser Kürzungen gehören. Denn sie treffen alle, die nicht zur reichen Elite gehören. Und zwar MigrantInnen genauso wie ÖsterreicherInnen.

Der Ärger über solche Maßnahmen kann sich gegen die Regierung entzünden. Die Gewerkschaften rufen zu Protesten auf und das ist gut so. Doch es reicht nicht, bei symbolischen Aktionen stehen zu bleiben. Auch zu hoffen, dass nach den nächsten Wahlen (in Oberösterreich 2021) die SPÖ wieder in der Landesregierung ist und es dann besser machen wird, bringt wenig. Dass die SPÖ unsoziale Kürzungen auch gut kann, hat sie zur Genüge bewiesen. Bei der Nationalratswahl ging es vielen um „Veränderung“. Schwarz-blau haben davon profitiert, obwohl ihre Politik uralt ist. Neues kommt nicht von den etablierten Parteien. Neues entsteht im Widerstand. Neues braucht ein linkes, ein sozialistisches Programm. Zeigen wir schwarz-blau die Krallen – in Oberösterreich, im Bund und überall.

**Impressum:**  
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),  
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

## „Mindestsicherung light“ produziert mehr Armut und Verfall

In einigen Bundesländern fanden schwerwiegen- de Kürzungen der Mindestsicherung bereits statt. Schwarz-Blau plant eine nächste bundesweite Attacke. In Österreich leben bereits jetzt 1,2 Millionen an oder unter der Armutsgrenze. Viele Menschen, v.a. Kinder und Jugendliche, werden kaum Chancen haben und im schlimmsten Fall in die Kriminalität getrieben. Dafür steht der Regierung mehr Geld für Projek-

te ihrer ohnehin wohlhabenden Klientel zur Verfügung. Der wahre Sozialmissbrauch liegt im systematischen Steuerbe- trug („Steuerflucht“) dieser Konzerne und Superreichen. Stichwort Panama & Paradise-Papers, bei denen mindestens 40 ver- schiedenen Personen und 24 Unternehmen in Österreich involviert sind. Und auch hierzulande wächst das Vermögen der Superreichen täglich (!) um rund 80 Millionen Euro an.



## Sozialabbau und Aufrüstung

**Schlagworte** wie „schlan- ker Staat“, „Verwaltungsreform“ und „Sozialstaat-slimfit““ bedeuten: Die laufenden Kosten des

und soziale Grundlage, auf der er gebildet wurde. Veränderungen finden nicht einfach aus ihm heraus statt, sondern durch

**Um(=Ab)bau des „Sozialstaates“ ist eine Voraussetzung des „starken Staates“.**

bürgerlichen Staates wer- den reduziert. Das schadet den „unteren Schichten“ (die jedoch die große Mehrheit stellen). Ziel ist es, sich einerseits für den globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf besser aufzustellen und andererseits sich auf bevorstehen- de wirtschaftliche sowie politische Krisen vorzu- bereiten. Jeder Staat ver- teidigt die wirtschaftliche

die auf allen Ebenen aus- getragenen Konflikte der unterschiedlichen sozia- len Schichten und Klas- sen der Gesellschaft. Der Staat versucht mittels sei- ner Regierungen, seiner besitzenden Klasse bes- sere Bedingungen in die- sem Kampf zu bieten. Es ist völlig klar, warum in Krisenzeiten der Kapitalismus nun überall demo- kratische Rechte und So-

zialleistungen den Arbeit- nehmerInnen und „unte- ren Klassen“ wegnimmt, die Verwaltung strafft, je- doch gleichzeitig bei Poli- zeibefugnissen, Repres- sion und Überwachung um teures Geld aufrüstet.

**Aus Sicht** der Arbeite- rInnen-Bewegung darf der Kampf um den „So- zialstaat“ nicht beim Er- halt bisheriger Errun- genschaften oder gar seiner Verherrlichung enden. Der Sozialstaat im Kapita- listismus ist nur ein instabi- ler und vorübergehender Kom- promiss. Ein echter und dauerhafter Sozial- staat, im Sinne freier Ent- faltungsmöglichkeiten für alle Menschen, ist unter kapitalistischen Bedin- gungen unmöglich.

Franz Neuhold



## Verhüllungsverbot - wenn das Lachen im Hals stecken bleibt

**Seit 1. Oktober** gilt das „An- ti-Gesichtsverhüllungsge- setz“. Dabei geht es der Regierung nicht nur um rassistischen „Kul- turkampf“, der auf den Köpfen von Muslima aus- getragen wird. Weitblickend wird für Zeiten zu- nehmender sozialer Pro- teste vorgearbeitet. Es ist ein wichtiges Puzz- lestück im Abbau demokra- tischer Errungenschaften. Die Polizei wird auf dieser Grundlage bei Demos- trationen noch aggressi-

ver auftreten. Das Gesetz spricht ausdrücklich von der Verhüllung der „Ge- sichtszüge“ an „öffentli- chen Orten“. Das bedeutet, dass ein Schal oder Tuch ab Kinn- bis zur Haarlinie strafbar ist. Ab- surd und lachhaft? Leider ja! So kam es am 26. Okto- ber zum Polizeieinsatz ge- gen das Parlamentsmas- kottchen, eine Hasenfigur. Wenigstens konnten die anwesenden Kinder etwas über den bürgerli- chen Staat lernen.

3,8%



# DIE GRÜNEN

## Der grüne Selbstmord

**Die Grünen** sind in der Krise und nicht im Parlament. Vor knapp einem Jahr waren sie noch mit Van der Bellen die "Ret-

sprecherin der Grünen, trifft mit ihrem Kommentar im Standard den Nagel ausnahmsweise mal auf den Kopf. Sie spricht u.a.

anecken, Sicherheit durch Status quo.

**Als einzige** Existenzberechtigung der Grünen bleibt

zeichnend dafür sind die Debatte um die 3. Piste in Schwechat und der Diesel-Skandal in Deutschland, die Politik steht für die Interessen der Wirtschaft ein.

Die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels, die auch jetzt schon in Österreich spürbar sind, werden weiter zunehmen und erfordern radikale Veränderungen. Bewegungen wie "System Change, not Climate Change!" sind ein guter Ansatz. Es ist nötig, die Ursachen des Klimawandels nicht an individuellen Handlungen fest zu machen sondern auf gesellschaftlicher Ebene anzu setzen. Wir brauchen eine antikapitalistische Umweltbewegung.

**Philipp Chmel**

## Überraschung: Inhaltslose PR-Kampagnen und moralische Appelle kosten die Grünen Stimmen.

tung der österreichischen Demokratie", nun schafften sie nicht einmal den Einzug in den Nationalrat.

Als Erklärung reicht das Argument der Partei-Spaltung (Liste Pilz & Junge Grüne) bei weitem nicht aus. Die Grünen hätten selbst mit der Liste Pilz 4,2% weniger als bei den Nationalratswahlen 2013 oder in Umfragen vom Dezember 2016 erreicht.

Sigrid Maurer, Abgeordnete und Wissenschafts-

von "inhaltlicher Leere", "abgeschotteter Führungsspitze" und "Profilverlust".

Die früher rebellischen Grünen verabschiedeten sich konsequent von ihren eigenen Grundsätzen: Basisdemokratie & Solidarität sind bloß mehr Worthülsen. Als ökologische und moralische Variante des neoliberalen "Weiter so" sind sie eine Partei für den hippen, jungen Mittelstand - bloß nicht

ihr Fokus auf den Klimawandel. Aber für was stehen sie hier? Die Grünen versuchen die Klimakrise im Rahmen des Kapitalismus zu lösen - grünes Wachstum, Ökostrom und Fahrradwege. Das funktioniert nicht. Unser Wirtschaftssystem stellt im Zweifelsfall Profite über alles, das schließt die Umwelt mit ein. An dieser Logik werden und wollen die handzahmen Grünen nichts ändern. Be-

## Grüne Kürzungspolitik

**In Tirol** kürzen die Grünen in der Regierung (u.a. mit Ingrid Felipe) die Mindestsicherung, betroffen sind mehr als 1.000 Familien. Bei den Ärmsten sparen klingt nicht nach Solidarität, sondern nach Macht hunger. Sie reden von notwendigem Kompromiss. Es werden fünf Millionen eingespart - aber gleichzeitig 25 Millionen für Olympiabewerbung und 5,1 Millionen für Kaiser-Maximilian-Gedenkjahr bereitgestellt.

**In Vorarlberg** wurde unter schwarz-grün die Mindestsicherung um bis zu 20 % gekürzt. Kinderreiche Familien bekommen zum Teil plötzlich 500 € weniger. Die Wohnbeihilfe wird, bei einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 12 €, mit 7 € angesetzt, Geld soll zum Teil durch Sachleistungen ersetzt werden. Menschenwürdiges Leben ist so nicht möglich. In Wiener Neustadt kürzen die Grünen gemeinsam mit FPÖ & ÖVP

Parteibasis stimmte gegen den Bau des Luxus-Hochhauses am Wiener Heumarkt. Vize-Bürgermeisterin Vassilakou muss aber den Koalitionsvertrag erfüllen und pochte auf das "freie" Mandat der Gemeinderäte, die dem Projekt am 1. Juni zustimmten. Gegen einen dieser Gemeinderäte, Christoph Chorherr, stehen nun Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Heumarkt-Projekt im Raum.

## Der rechte Rand

**Die** Nationalratswahlen sind geschlagen, die ÖVP zieht mit großem Erfolg in den Nationalrat und mit ihr dank Vorzugsstimmen aus dem christlich-fundamentalistischen Lager auch Gudrun Kugler. Bei der langjährigen ÖVP-Politikerin handelt es sich um eine fundamentalistische, homophobe Abtreibungsgegnerin und Verfechterin „der Ehe“ und des Christentums. In ihrer Publikation „There is no right for abortion“ verunglimpft sie dieses Recht als demokratiegefährdend und unmoralisch. Darüber hinaus rechtfertigt sie ihre frauenfeindliche Haltung mit Rassismus, da durch eine höhere inländische Geburtenrate kein „Argument“ mehr für Zuzug aus dem Ausland gegeben sei. Im Sommer 2017 stellte Kugler im Wiener Gemeinderat den Antrag, Frauen vor einer Abtreibung zusätzlich zum Beratungsgespräch eine verpflichtende dreitägige Wartefrist aufzuerlegen, damit Frauen nicht „überstürzt handeln“ würden. Ein Versuch der ehemaligen Vorsitzenden der radikalen Organisation „Jugend für das Leben“, es Frauen noch weiter zu erschweren. Sie stellt damit auch die Fähigkeit von Frauen in Frage, selbst am besten über ihren Körper entscheiden zu können. Zu ihrem Umfeld zählen radikale Anti-Abtreibungsgruppen, die Frauen und ÄrztInnen terrorisieren, das rechtschristliche, fundamentalistische Nachrichtenportal kath.net., zahlreiche Vertreter der katholischen Kirche, wie der homophobe, rassistische Salzburger Weihbischof Laun, u.a. aus dem rechten Eck. Sie alle teilen mit Kugler und der FPÖ die gleiche frauenfeindliche und -entmündigende Ideologie.

**Celina Brandstötter**

**Vor 100 Jahren** kam es im Jänner zu einer revolutionären Streik-Bewegung in Österreich. Von der Russischen Revolution inspiriert und von den langen Kriegsjahren gezeichnet, schlügen die ArbeiterInnen und Soldaten hierzulande ordentlich auf den Tisch. Es begann mit einem Streik im Daimler-Werk in Wr. Neustadt, der sich auf alle Industriezweige der gesamten Habsburg-Monarchie ausbreitete. Der Streik war vor allem ein politischer. Die russischen RevolutionärInnen appellierten an die ArbeiterInnen der kriegsführenden Länder, sich gegen ihre Regierungen zu erheben, um sofortigen

## Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

Frieden zu erkämpfen – der Jännerstreik war eine bewusste Antwort darauf. Die ArbeiterInnen organisierten sich in Räten, starteten eine enorme Streikwelle und brachten die Monarchie ins Wanken. Die Räte organisierten nach russischem Vorbild zeitweise Industrie-, Nahrungsversorgung, Transport und selbst Wohnraum. Auch andere Länder wie Deutschland und Ungarn folgten. Die Führung der Sozialdemokratie stellte sich allerdings bewusst gegen die revolutionäre Bewegung und setzte auf bürgerliche Republik statt sozialistischer Revolution. Die Bewegung wurde letztendlich ausgebremst, vereinnahmt und zerstochen. Es fehlte ein revolutionärer Flügel, eine revolutionäre Partei wie die Bolschewiki in Russland. Die Jännertage in Österreich 1918 zeigten aber, welche Macht ArbeiterInnen haben, wenn wir uns gemeinsam wehren. Auch hierzulande!

Stefan Gredler



**VERTEIDIGEN  
heißt  
VERÄNDERN**

## AK verteidigen – aber richtig!

**Schwarz-blau 2.0** plant Umverteilung von unten nach oben und Angriffe auf die Organisationen der

dort sind weniger als die Hälfte der Jobs durch KV abgesichert (Österreich: 98%). Eine Senkung der

**FPÖ & ÖVP wollen die Arbeiterkammer schwächen.  
Aber AK verteidigen heißt auch AK verändern!**

ArbeiterInnenklasse. Das steckt hinter der von KapitalistInnen geforderten Abschaffung der „Pflichtmitgliedschaft bei Kammern“. Dann wären auch Unternehmen nicht mehr fix in der Wirtschaftskammer und Kollektivverträge (KV) würden für sie nicht mehr gelten. Mini-Jobs, 1-Euro-Jobs wie in Deutschland drohen –

Kammerbeiträge soll die Arbeiterkammer (AK) finanziell aushungern. Wichtige Beratungsleistungen im KonsumentInnenrecht, Mietrecht, Arbeitsrecht wären nicht mehr möglich. Die AK ist hier oft die einzige zur Verfügung stehende Hilfestellung. Auch wichtige Studien zu Fakten wie Vermögens- oder Ein-

kommensverteilung, die Propaganda von Regierung oder Unternehmen widerlegen, kommen oft von der AK. Schließlich würde die zentrale Aufgabe, die organisierte Vertretung von ArbeitnehmerInneninteressen massiv leiden.

All das wäre im Interesse der Unternehmen und entspricht dem Programm von sowohl ÖVP als auch FPÖ. Hilfreich ist ihnen dabei leider der Zustand der AK. Undemokratische Strukturen, FunktionärInnen mit Spitzenbezügen, Superjobs für untätiges politisches Personal etablierter Parteien lassen diese Organisation vielen ArbeitnehmerInnen zu Recht nicht als ihre Organisation erscheinen. Die AK unterlässt Kämpfe,

die nötig und ihre Aufgabe wären. Neben der Gewerkschaft sollte auch die AK eine Kampforganisation sein, und nicht nur Service- und Beratungsorganisation. AK verteidigen heißt auch AK verändern: Wir müssen uns die AK zurückholen. Eine wirkungsvolle Verteidigung der AK beinhaltet auch Kämpfe für demokratische Strukturen, Rechenschaftspflicht, jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit von FunktionärInnen, die Streichung aller Privilegien der Führung sowie einen Durchschnittslohn für diese und FacharbeiterInnenlohn für FunktionärInnen sowie die aktive Einbindung der Beschäftigten und Mitglieder.

Helga Schröder



## Jetzt Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich erkämpfen!

**Es tut** sich was im Sozialbereich: Beim Kollektivvertrag für die „Sozialwirtschaft Österreich“ (SWÖ) wollen die Gewerkschaften VIDA und GPA-DjP eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden bei voller Bezahlung. Die GPA-DjP-VerhandlerInnen streben außerdem mehr Erhöhung als bei den MetallerInnen (3%) an. Beides wäre ein Riesenfortschritt für die mehr als 100.000 betroffenen Beschäftigten.

Die ArbeitgeberInnen bekämpfen diese Forderungen. Trotzdem behaupten die Spitzen von GPA-DjP und VIDA immer wieder, es wäre möglich, beides mit guten Argumenten und Verhandlungen zu erreichen. Tatsächlich braucht es dazu den wirtschaftlichen Druck von der Straße und aus den Betrieben. Es ist Zeit, die KollegInnen in Betriebsversammlungen gut zu informieren und Streiks für die nächste Zeit vorzubereiten.

Auch eine Urabstimmung über das Endergebnis wird nötig sein. Die Initiative von Beschäftigten „Sozial, aber nicht blöd“ hat eine aktive Kampagne für eine 35-Stundenwoche gestartet, um im Sozialbereich und in den Gewerkschaften politischen Druck zu machen. „Sozial, aber nicht blöd“ ist für alle KollegInnen, die endlich Verbesserungen im Sozialbereich wollen. Schau vorbei!

Michael Gehmacher  
FB/sozialabernichtblöd

# In Linz beginnt's

**Rund 1.500** Menschen setzten mit einer Protestkundgebung vor dem Linzer Landhaus am 23.11. ein erstes entschlossenes Zeichen gegen den Sozialkahlenschlag durch FPÖVP. Darunter v.a. direkt betroffene: KindergärtnerInnen und Eltern, deren Jobs bzw. Betreuungsstellen durch die Kindertagengebühren bedroht sind, Studierende, denen Studiengebühren und Gemeindebedienstete, denen eine Reallohnkürzung droht. Ihren Unmut über das Sparpaket brachten sie mit Sprüchen wie „1,2,3,4, Kinderbetreuung wollen wir ... 5,6,7,8, Sparpaket, gute Nacht“ oder „Nicht mit uns“ und Schilder mit dem Slogan „Armutsfalle für Frauen? Nein danke“ zum Ausdruck. Obwohl viele direkt von den Kürzungen betroffen sind, waren fast alle der Meinung, dass man nicht nur einzelne Maßnahmen abwehren sollte, sondern das Sparpaket als Ganzes zu Fall bringen muss.

Genau dafür argumentierten auch AktivistInnen der SLP, die sich zahlreich an der Aktion beteiligten und einen Aktionsplan vorstellten mit den nächsten Schritten, um den Widerstand auszuweiten. U.a. schlugen wir vor, Aktionskomitees in allen betroffenen Bereichen zu gründen, die Bewegung zu vernetzen und noch vor Weihnach-

ten durch einen landesweiten Aktions- und Streiktag die Landesregierung zum Rückzug zu zwingen.

Der Titel unseres Flyers „Schwarz-Blaues Sparpaket wegstreiken“, genauso wie die Titelseite unserer Zeitung „Klassenkampf gegen Rechtsruck und Sozialabbau!“ machte klar, was jetzt notwendig ist und kam wahrscheinlich auch deshalb so gut an.

Wir machten aber auch klar, dass Kundgebungen und Demos nicht ausreichen werden und wir v.a. jetzt selber aktiv werden müssen und nicht auf Anweisungen von oben warten dürfen. Wie recht wir damit haben, zeigen auch Kommentare von Landeshauptmann Stelzer, der klarmachte, dass die Landesregierung trotz der Proteste nicht vom Sparkurs abrücken wird.

Auch die Gewerkschaftskundgebung am 5. Dezember um 7.30 in der Früh vor dem Landhaus ist ein wichtiger Schritt. Die SLP schlägt vor, an diesem Tag öffentliche Betriebsversammlungen zu organisieren, um den Druck zu erhöhen.

Wir werden in den nächsten Wochen in verschiedenen Bereichen Menschen vernetzen und gegen das Sparpaket organisieren. Wenn du in deinem Umfeld Widerstand aufbauen willst, dann melde dich bei uns! **Christoph Glanninger**



## Beeinträchtigte wehren sich!

**Am 21. Oktober** marschierten rund 150 Menschen mit Beeinträchtigung in einer lautstarken Demonstration durch die Wiener Innenstadt. Der selbstorganisierte Protest forderte glei-

erklärt eine wesentliche Forderung: Beschäftigte in Werkstätten sind nicht als ArbeitnehmerInnen angestellt, sondern bekommen nur ein Taschengeld von zum Beispiel 50 Euro im

Firmen. So lautete einer der Hauptslogans: „Richtiges Geld für richtige Arbeit!“

Die SLP hat immer schon betont wie wichtig es ist, dass Menschen mit Beeinträchtigung selbst für ihre

**Menschen mit Beeinträchtigung können nicht nur richtig arbeiten, sondern auch richtig demonstrieren!**

che Rechte auch für sie. Die Aktion fand im Rahmen einer Tagung des „Netzwerk Selbstvertretung“ statt. Dort haben sich Menschen mit Beeinträchtigung aus dem gesamten deutschsprachigen Raum autonom organisiert.

Patrick Pinner, selbst Beschäftigter in einer Werkstatt und Aktivist der SLP,

Monat. In seiner Einrichtung muss man auch noch für Verpflegung und Betreuung insgesamt 140 Euro monatlich zahlen. Die KlientInnen ist auch nicht pensions-, arbeitslosen- oder sozialversichert. Sie produzieren aber zum Beispiel Ohrenschützer und andere Gebrauchsgegenstände für verschiedene

Rechte kämpfen. So gibt es auch auf Initiative von Patrick seit 2015 einen Werkstättenrat in seiner Einrichtung. Gerade auch wenn es um den Kampf gegen Armut und Kürzungen im Sozialbereich geht, sollten wir als KlientInnen und BetreuerInnen zusammenstehen.

**Jan Millonig**

## 1917-2017: 100 Menschen über 100 Jahre russische Revolution

**Anlässlich 100** Jahre Oktoberrevolution in Russland veranstaltete die SLP am 3./4.11 das „Eine Welt zu gewinnen“ Event in Wien. Über 100 Menschen aus sechs Ländern, darunter Serbien, Katalonien und Irland, beteiligten sich an den spannenden Diskussionen und Arbeitskreisen. Historische Themen rund um die Russische Revolution wurden in neun verschiedenen Workshops genauso diskutiert wie aktuelle Themen, z.B. der Kampf um die

Selbstbestimmung in Katalonien. In der Abschlussdiskussion debattierten VertreterInnen von Aufbruch, KPÖ+ und der SLP über die Herausforderungen der Linken, die schwarz-blaue Regierung und wie wir Widerstand dagegen aufbauen können. Danach heizten die Rapper Disorder aus Linz, Kid Pex aus Wien und Holger Burner, extra aus Hamburg angereist, ein und präsentierten linken Rap vom Feinsten.

**Moritz Bauer**

## Termin des Jahres



### SLP-Sommercamp 2018

**Der eisige Winter** ist die richtige Zeit, den Sommurlaub zu planen! Am SommercAMP der SLP und unserer deutschen Schwesternorganisation SAV gibt es spannende politische Diskussionen mit knapp 100 AktivistInnen aus verschiedenen Ländern – und natürlich jede Menge Freizeitaktivitäten: vom Badesee bis zur Bergwanderung, vom Lagerfeuer bis zum Fußballplatz ist für alle (auch Kinder!) was dabei!

**19.-26. August 2018**

Turnersee, Kärnten/Koroska

Sichere dir einen Platz unter **slp@slp.at**



**Das Verhältnis** des Putinregimes zur Oktoberrevolution ist zweispältig. Einerseits gibt es von Putin & Co immer wieder positive Bezüge auf die Stalin-Ära als dem ganz in nationalischem Sinne gefeierten historischen Höhepunkt russischer Machtentfaltung. Andererseits beruft sich das Regime gern auf die historische Tradition des Zarenreiches, die orthodoxe Kirche, das vorrevolutionäre "Heilige Russland". Beim Gedanken an den Sieg der sozialistischen Revolution von 1917 ist der russischen Milliardärsregierung mulmig zumute. Während man sich auf die erstarrte, von Nationalismus durch-

## Rote Seitenblicke

tränkte stalinistische Sowjetunion vorsichtig positiv beziehen kann, ist der stürmische, revolutionäre Beginn der Sowjetunion suspekt. Entsprechend herrscht zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution in den russischen Medien und seitens der Regierung eisiges Schweigen. Putin hatte erklärt, es sei "unnötig", der Revolution zu gedenken. Etwas überraschend ist es dann, dass ein staatlicher TV-Sender eine mit großem Budget gedrehte Serie über das Leben Trotzkis ausstrahlt. Freilich: Viel historische Bildung vermittelt diese nicht. Stattdessen wird Trotzki als charismatische, aber teuflische Figur geschildert, die Revolution als eine einzige Serie von Grausamkeiten. Die Revolutions-Ära eine Abfolge schauriger Katastrophen und Verbrechen - aus deren Folgen die von Putin symbolisierte Wiedergeburt der guten alten Zeit das Land befreit habe. So in etwa die Geschichtsbetrachtung des putinschen Staates.

Fabian Lehr



## Der Weinstein-Skandal hat System

**Anfang Oktober** veröffentlichten die Medien Vorwürfe gegen den amerikanischen Hollywood-Produzenten Harvey Weinstein. Dieser soll dut-

ben. Weinstein war angeblich in ganz Hollywood für seine Übergriffe bekannt und dennoch schwiegen sie. Dies zeigt die Dimension des Problems.

mordkampagne" abgetan. So beispielsweise sprach auch Peter Pilz vor seinem Rücktritt. So kann somit abwertendes Verhalten gegenüber Frauen ungestraft

sonders wenn es sich bei den Betroffenen nicht um bekannte Schauspielerinnen handelt, sondern um Frauen, die finanziell auf einen Job angewiesen sind und bei Widerstand gegen den erfahrenen Sexismus mit einer Kündigung zu rechnen hätten.

#MeToo zeigt, dass Sexismus und Gewalt gegen Frauen ein strukturelles Problem ist, das Viele beschäftigt. Dennoch reicht ein Hashtag allein leider nicht aus. Wir müssen uns organisieren und aktiv werden gegen sexualisierte Gewalt und Übergriffe. Und auch gegen andere Versuche, uns Rechte wieder wegzunehmen - was uns mit einer schwarzblauen Regierung noch verstärkt drohen wird!

Theresa Reimer

## Elitäre Kreise und Abhängigkeitsverhältnisse fördern Abwertung und Gewalt gegen Frauen.

zende Schauspielerinnen über Jahre hinweg sexuell belästigt und sogar vergewaltigt haben. Weinstein wurde mittlerweile aus seiner Produktionsfirma entlassen. Intern wurde er angeblich seit Jahren nur noch „das Schwein“ genannt. Trotzdem beteuern Schauspieler wie George Clooney, trotz enger Zusammenarbeit nichts von solchem Verhalten gewusst zu ha-

ben. Bei „großen“ Männern, die ihre Machtposition am Arbeitsplatz ausnutzen, um Frauen zu belästigen, zu bedrohen und zu vergewaltigen, wird gerne einmal weggesehen. Weinstein selbst meinte: „And when you're a star, they let you do it.“ („Wenn du ein Star bist, kommst du damit durch.“) Wenn Vorwürfe publik werden, werden diese als „Ruf-

fortgeführt werden. Die Betroffenen schweigen, aus Angst um den Arbeitsplatz, die Mitwissenden, um keine Konsequenzen tragen zu müssen.

**Fakt ist:** Abhängigkeitsverhältnisse in einem kapitalistischen, patriarchalen System produzieren sexualisierte Gewalt. Es gibt wenig individuelle Handlungsmöglichkeiten, be-

## Gleicher Lohn für gleiche Tore!

**Am 18. Oktober** erzwangen die Spielerinnen des dänischen Fussball-Nationalteams durch einen Streik die Absage des WM Qualifikationsspiels gegen Schweden. Bereits am 15. September musste ein Freundschaftsspiel gegen die Niederlande abgesagt werden, da sich die Spielerinnen nach dem Auslaufen der Tarifvereinbarungen mit dem Verband weigerten, im Trainingslager zu erscheinen. Vor allem geht es den Fußballerinnen

darum, gleiche Prämien wie ihre männlichen Kollegen zu erhalten. Diese zeigten sich solidarisch und boten an, auf einen Teil ihrer Prämien zu verzichten, wenn ihre Kolleginnen gleichwertig bezahlt werden würden.

**Nach Protesten** werden nun auch in Norwegen gleiche Prämien für Frauen- und Männernationalmannschaft ausbezahlt. Trotzdem wird Frauenfußball lediglich als Nebenbeschäfti-

gung - und somit als weniger wert - angesehen. Das ist nur die Spitze des Eisbergs an gesellschaftlicher Benachteiligung von Frauen. In Österreich beträgt die Lohnschere zwischen Männer- und Frauenlöhnen immer noch 21,7%. Doch der Kampf der dänischen Spielerinnen zeigt: dieser Eisberg bröckelt, wenn es Widerstand gibt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, am Spielfeld und abseits davon!

Lukas Kastner



# VORWÄRTSSCHWERPUNKT



## Der (Klassen)Kampf um die Arbeitszeit

**Arbeit bestimmt** und dominiert unser Leben. Rund 40 Stunden und mehr pro Woche verbringen wir im Job (mehr übrigens als in den meisten EU-Staaten). Zusätzlich verlieren wir noch durchschnittlich fast 200 Stunden pro Jahr an Fahrzeiten zum und vom Job. Außerdem leisten wir noch 27 Stunden (Frauen) bzw. 11 Stunden (Männer) an unbezahlter Arbeit mit Haushalt, Kindererziehung und Pflege. 41 % der 18-34 Jährigen leiden unter

Jahr müssen wir uns von der WKO per Radiospot und Plakatkampagne anhören, dass Flexibilisierung für ArbeitnehmerInnen eines ihrer größten Anliegen sein soll. Bei dieser Werbung wird vermittelt, dass nur eine Flexibilisierung Arbeitsplätze retten könne. Kurz will "praktikable" Arbeitszeiten immer in Abstimmung auf betrieblicher Ebene" – also ein Aushebeln von Kollektivverträgen und Arbeitszeitgesetz. Auf der Wunschliste

rund 1,5 Milliarden für die Beschäftigten bedeuten. Noch-ÖVP-Familienministerin Karmasin meint sogar, der 12-Stunden-Tag nütze dem Familienleben, es gäbe ja längere Wochenenden. Unter dem Motto „Fair arbeiten“ fordert die Industriellenvereinigung eine Orientierung an der EU-Arbeitszeitrichtlinie, die keine Höchstarbeitszeitgrenze pro Tag vorsieht. Als positiv wird auch präsentiert, dass die durchschnittli-

teilweise als Urlaub ge- rechnet werden.

In den NEOS könnte die neue Regierung hier ebenfalls Partner haben. Unter dem Motto angeblicher maximaler persönlicher Freiheit setzt man hier auf Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene, die den Kollektivverträgen gleichgestellt werden sollen. Das Freiheits- und Freiwilligkeitsargument ist ein verlogen: wer kennt nicht die unterschweligen oder offenen Drohungen von

und vieles mehr wurde bereits eingeführt. Vieles, was nur als „Ausnahme“ und nur für wenige Beschäftigte vereinbart wurde, wird rasch auf alle umgelegt. Demgegenüber gab es die letzte gesetzliche Arbeitszeitverkürzung in Österreich 1975 – also vor 32 Jahren!

Trotz fortschreitender Technologisierung steigen Arbeitsdruck und Arbeitszeit. Längst könnte ein großer Teil der Arbeit durch Maschinen erledigt werden. Wir alle könnten weniger arbeiten und die vorhandene Arbeit könnte aufgeteilt werden. Stattdessen wird weitere Arbeitszeitflexibilisierung als Rettung für Arbeitsplätze verkauft. Doch trotz aller Flexibilisierungsmaßnahmen der letzten Jahrzehnte ist gleichzeitig die Arbeitslosigkeit gestiegen. Die österreichische Wirtschaft hat davon profitiert, die Beschäftigten aber nicht. Wenn sie „Flexibilität“ sagen, meinen sie „Arbeit auf Abruf“. Wenn sie „Deregulierung“ sagen, meinen sie Abbau von Schutzbestimmungen. Wenn sie also Arbeitszeitflexibilisierung sagen, müssen wir NEIN sagen. Und uns wehren.

**Karin Wottawa**

## Das Problem: Überarbeitung und Arbeitslosigkeit. 12-Stunden-Tag und flexibleres Arbeiten: die Lösung?

Stress am Arbeitsplatz. Auf der anderen Seite sind rund 400.000 Menschen hierzulande ohne bezahlten Job. Kaum ein Thema betrifft uns alle also derartig stark, wie die Frage der Arbeitszeit.

12-Stunden-Tag und Arbeitszeitflexibilisierung sind in aller Munde und Teil der Regierungspläne. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung sind für die Wirtschaftsprogramme von ÖVP und FPÖ Pate gestanden. Seit rund einem

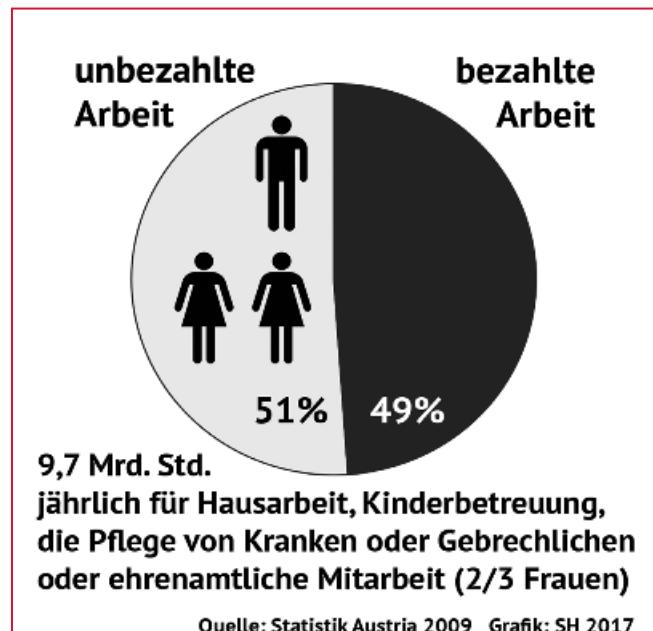
ist auch die Höchstgrenze der täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden zu erhöhen, bei bis zu 60 Stunden in der Woche. Mit diesen Plänen ist die ÖVP-nahe „Tiroler Adlerrunde“, ein Kreis von Großindustriellen und Superreichen, schon im Wahlkampf vorgeprescht. Weil bei der vorgeschnittenen 2-jährigen Durchrechnung keine Zuschlüsse für Überstunden mehr anfallen würden, reduziert das die Lohnzahlungen. Das würde ein Minus von

che Arbeitszeit ohnehin nicht mehr als 48 Stunden in vier Monaten betragen darf. Eine Schreckensvorstellung für viele!

**Und die** „soziale Heimatpartei“ FPÖ? Industrie- sprecher Pisec gefällt die 42 Stunden Woche und der Atterseekreis. Dieser wirtschaftspolitische FPÖ-Ideenkreis will den ersten Krankenstandstag als Urlaubstag werten. Auch Kuraufenthalte sollen nach diesen Plänen

Vorgesetzten, man könne sich jederzeit wen andern suchen, wenn man dies oder das nicht mache.

Tatsache ist: der klassische 40-Stunden Job, an dem Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr gearbeitet wird, ist nur mehr für eine Minderheit aller Beschäftigten Realität. Seit Jahrzehnten wird bei der Arbeitszeit flexibilisiert und dereguliert. Sonn- und Feiertagsarbeit, Schichtarbeit, schwankende Arbeitszeiten, Gleitzeitmodell



## Arbeitszeit in Österreich

► In kaum einem anderen EU-Land wird so lange gearbeitet wie in Österreich. Nur in Griechenland und Großbritannien gibt es längere Arbeitszeiten. Während die Arbeitsetze ansteigt, nimmt die Teilzeitarbeit zu. 2004 arbeiteten 20% hierzulande Teilzeit. 2014 waren es schon 27%. Ohne Lohnausgleich.

► Ursache der langen Arbeitszeiten sind v.a. die vielen Überstunden. Die sind nötig, weil 46 % kaum oder nicht mit ihrem Einkommen auskommen. Über 60 Millionen Überstunden pro Jahr werden allerdings nicht bezahlt und insgesamt rund 1,8 Millionen Wochenarbeitsstunden werden mehr gearbeitet als gewünscht. Überstunden sind also keineswegs freiwillig.

► Rund 45% aller Menschen sind neben dem Beruf ehrenamtlich aktiv in Katastrophenschutz, Bildungs-, Rettungs- und Gesundheitswesen, Integrationsarbeit, Kultur- und Sporteinrichtungen, politischen und religiösen Einrichtungen etc. Es werden hier pro Jahr geschätzte 15 Millionen unbezahlte Arbeitsstunden geleistet.

► Das österreichische Arbeitszeitgesetz sieht eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 40 Stunden, verteilt

auf 8 Stunden pro Tag vor. Die letzte kollektivvertragliche (nicht gesetzliche!) Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden gab es in den 1980er Jahren.

► Nach sechs Stunden Arbeit ist eine Pause von mindestens 30 Minuten vorgeschrieben. Nach Beendigung der Arbeitszeit soll elf Stunden geruht werden. Kollektivverträge können diese Pause auf acht Stunden verkürzen.

► Im Schichtdienst, bei Arbeitszeiten mit hohem Reiseanteil oder wenn einem Unternehmen ein „unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil droht“ sind 12 Stunden Arbeitstage schon jetzt zulässig. Das Krankenanstalten-Arbeitsgesetz und auch der Öffentliche Dienst erlauben eine Tagesarbeitszeit bis zu 13 Stunden. Zusätzlich sind verlängerte Dienste erlaubt. Pflegekräfte dürfen 25 Stunden, ÄrztInnen 32 Stunden am Stück arbeiten.

► Das Unfallrisiko steigt ab der 7. geleisteten Arbeitsstunde massiv an, nach einem 12-Stunden-Tag ist es doppelt so hoch. Auch körperliche Beschwerden nehmen ab diesem Zeitpunkt zu. Der Organismus braucht ca. drei Tage, um sich von einem 12-Stunden-Tag so zu erholen.

# Her mit der 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn!

Die Firma „Henry am Zug“ ist für das Catering von ÖBB-Fahrgästen zuständig. Die Beschäftigten schufen 17 Stunden am Stück. Ohne Pause. Der von der Gewerkschaft Vida ausgehandelte Kollektivvertrag sieht eine Arbeitszeit von „nur“ 12 Stunden vor.

einen kleineren Teil des Kuchens „Lohnarbeit“, dafür „dürfen“ sie länger unbezahlte Arbeit verrichten. Und mit jeder Schließung einer Spitalsabteilung, mit jedem Kostenbeitrag für Kinderbetreuung, mit jeder Verringerung von Pflegeeinrichtungen wird diese

aus dem eigenen Arbeitsleben dazu ein...

## Hier Arbeitsdruck, Stress und Überstunden...

In einem Wiener Bürobetrieb sorgt ein Personalnewsletter der Geschäftsleitung für Erheiterung. Man solle die Diensthändies am Wochenende ausschalten und die Zeit mit der Familie verbringen, ist dort zu lesen. Das sei außerdem für die Gesundheit gut. Allerdings: Die selbe Geschäftsleitung fordert die Erreichbarkeit per Diensthandy vehement ein.

Arbeitszeit betrifft uns alle. Und damit ist nicht nur die Zeit gemeint, die wir „in der Arbeit“ verbringen. „Arbeitszeit“ umfasst auch jene Bereiche, die zwar Arbeit bedeuten, aber nicht bezahlt werden: Hausarbeit, Einkaufen, Kinderbetreuung, die Pflege kranker oder gebrechlicher Verwandter etc.

Die anfallende Arbeit ist ungerecht verteilt. Frauen arbeiten insgesamt länger, allerdings ist weniger dieser Zeit bezahlt als bei Männern. Die wöchentliche Gesamtarbeitszeit schrammt bei beiden an der 70 Stunden-Marke. Männer leisten mehr Lohnarbeit, machen sich dafür bei Haushalt, Kinderversorgung oder Pflege rar. Frauen kriegen

unbezahlte Arbeit mehr.

Zufrieden ist aber kaum wer mit der Situation. Viele wollen kürzer arbeiten, weil der Druck zu hoch ist, viele aber auch länger, weil sie das Geld dringend brauchen. Oft finden sich beide Wünsche in einer Person wieder.

Es ist absurd. Während der Arbeitsstress für Vollzeitbeschäftigte jedes Jahr ansteigt, sinkt seit 1995 jedes Jahr die Zahl der Vollzeitjobs. Auch das betrifft vor allem Frauen, die in schlecht bezahlte Teilzeitjobs gedrängt werden, deren Lohn zum Leben nicht reicht.

Gleichzeitig diskutieren die PolitikerInnen über eine Verlängerung der Arbeitszeit und die Einführung des 12 Stundentages. Schon jetzt wird die anfallende Arbeit in vielen Betrieben extrem verdichtet. Die Produktivität steigt, die Zahl der Beschäftigten aber nicht. Es sind nicht nur modernere Maschinen, sondern ganz stark auch erhöhter Arbeitsdruck, der die Gewinne erhöht, aber die Beschäftigten in die Dauererschöpfung treibt. Den meisten LeserInnen fallen Beispiele

Die SLP fordert eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn – als ersten Schritt braucht es die 30 Stundenwoche. Die anfallende Arbeit muss auf alle Schultern verteilt werden. Und zwar nicht nur die bezahlte Arbeit. Da ist es mit einer Arbeitszeitverkürzung allein aber nicht getan. Es braucht mehr und bessere Kindergärten, mehr und bessere Pflegeeinrichtungen. Es braucht eine Gesellschaft, in der alle anfallenden Arbeiten wirklich als gesellschaftliche Aufgabe gesehen werden und nicht mehr „privatisiert“ werden. Auch Putzen, Wäsche und Kochen kann zu einem großen Teil durch Maschinen und professionelle öffentliche Einrichtungen übernommen werden.

Eine 30 Stundenwoche wäre auch ein effektives Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Auch diese ist ein Ergebnis der ungleich verteilten gesellschaftlichen Arbeit. Einerseits schaffen immer weniger Firmen neue Jobs, andererseits fallen Jobs im öffentlichen Dienst oder dem Gesundheitswesen zunehmend Einsparungen zum Opfer. Gerade im Gesundheitswesen wird absurd lange gearbeitet. Laut Arbeiterkammer entspricht allein das Volumen der unfreiwillig in Österreich geleisteten Überstunden 50.000 Vollzeitjobs. Insgesamt werden in Österreich 270 Millionen Überstunden geleistet. Das entspricht



150.000 Vollarbeitsplätze. Die durch Arbeitszeitverkürzung neu entstehenden Jobs sind hier noch gar nicht eingerechnet.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu. Schon im Jahr 1909 verfasste Sidney Chapman, Chefberater der damaligen britischen Regierung, einen Bericht, in dem er eine Arbeitszeitverkürzung als „produktivitätssteigernd“ bezeichnete.

Unternehmen sind dann für Arbeitszeitverkürzung, wenn es ihren kurzfristigen

## ...da ungewollte Teilzeitbeschäftigung.

te. Diese scheiterte aber an der „Kurzsichtigkeit der Unternehmer“. Sein pessimistisches Fazit: „Der freie Markt produziert zu lange Arbeitszeiten“.

Ähnlich hieß es 2013 in einem Aufruf zahlreicher deutscher WissenschaftlerInnen für die Einführung der 30 Stundenwoche: „Die faire Teilung der Arbeit trägt sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch der Arbeitslosen gleichermaßen Rechnung.“

**Doch der** Trend geht in die andere Richtung. Die täglich und wöchentlich erlaubte Arbeitszeit soll erhöht und Überzahlungen (für Überstunden, Nacharbeit etc.) reduziert werden. Argumentiert wird das mit dem Wirtschaftsstandort Österreich, der im internationalen Wettbewerb fit werden/bleiben müsse. Und weil Profite das Ziel sind, ist das Mittel zur Wettbewerbssteigerung die Kostensenkung. Und das bedeutet, aus den Beschäftigten mehr für

weniger Geld heraus zu holen. Die Hoffnung, dass dann alle von einem Wettbewerbsvorteil profitieren würden, erweist sich als trügerisch. Lohnverzicht ist kein Mittel, um Arbeitsplätze zu schaffen oder auch nur zu erhalten. Aber eine Spirale nach unten wird so losgetreten.

Unternehmen sind dann für Arbeitszeitverkürzung, wenn es ihren kurzfristigen

Interessen nützt. Während der Krise 2008-09 wurden zehntausende österreichische Lohnabhängige von ihren Betrieben in die mit staatlichen Geldern subventionierte Kurzarbeit geschickt. Die Unternehmen reagierten so auf die drastisch gesunkene Auftragslage. In Erwartung, dass die Krise nicht so lange andauert, wollten sie die Verfügbarkeit über die Arbeitskraft für ihre Betriebe erhalten.

Die Kluft zwischen dem, was für die Wirtschaft und was für die Menschen nötig ist, wird im Kapitalismus immer größer. Es wäre weltweit und in Österreich genug Reichtum vorhanden, um modernste Technologie zum Wohle aller einzusetzen, die Arbeitszeit drastisch zu reduzieren und allen ein gutes Leben zu ermöglichen. Doch dieser Reichtum ist so ungleich wie noch nie in der Menschheitsgeschichte verteilt.

Damit das Mittel der Arbeitszeitverkürzung vol-

le Wirkung entfalten kann, muss es der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten unterstehen. Das bedeutet auch einen gesellschaftlichen Bruch mit dem kurzfristigen Streben nach Profit als Hauptantrieb für die Wirtschaft. Die großen Betriebe gehören in Gemeineigentum überführt, damit sie den Menschen und nicht mehr den KapitalistInnen dienen.

**So kann** auch verhindert werden, dass Arbeitszeitverkürzung benutzt wird, um den Stress für die Beschäftigten zu erhöhen. Denn genau dies nimmt immer mehr zu. So werden vielerorts halbe Stellen für einen Berg an Arbeit geschaffen, dessen Bewältigung eigentlich eine Vollzeitkraft oder sogar zwei benötigt. Selbst gesetzlich vorgeschriebene Pausen werden zum Fremdwort.

Gesund ist das nicht. Zahlreiche Studien warnen vor erhöhten Burnout-Raten, Depressionen und anderen durch Überarbeitung verursachten Krankheiten. Die Krankenstandstage haben sich zwischen 1994 und 2011 vervierfacht.

In den letzten Jahren haben manche Kollektivverträge wie zum Beispiel in der Elektroindustrie einen so genannten „Freizeitausgleich“ eingeführt. Wenn KollegInnen auf Lohn verzichten, dürfen sie mehr Urlaub nehmen. Das ist ein bedenklicher Trend. Arbeitszeitverkürzung darf nicht aufs Geldbörserl gehen. Die 30 Stundenwoche muss mit vollem Lohn und Gehalt erkämpft werden.

Christian Bunk



## Marx aktuell

**Um die Produkte** des menschlichen Bedarfs herzustellen, braucht die Gesellschaft Werkzeuge, Geräte, Maschinen – kurz gesagt Produktionsmittel. Der Großteil dieser Produktionsmittel befindet sich im Kapitalismus im Besitz der KapitalistInnen. Da es aber nicht ausreicht, Maschinen zu besitzen, um Güter zu erzeugen, benötigt „die Wirtschaft“ auch menschliche Arbeitskraft. Die Masse der Gesellschaft besitzt keine Produktionsmittel, mit der sie Produkte erzeugen kann, die sie dann verkaufen kann. Das Einzige, was die breite Masse verkaufen kann, ist sich selbst in Form ihrer Arbeitskraft. Also geht der/die ArbeiterIn einen Vertrag mit dem/der KapitalistIn ein, um mit deren Produktionsmittel Güter zu produzieren bzw. als Angestellte/R diverse Dienstleistungen zu erbringen. Dieser Vertrag legt fest, wie lange die Arbeitneh-

## „Normalität“ des Achtstundentages

merInnen (wobei dieser Begriff eigentlich falsch besetzt ist, da die Beschäftigten ihre Arbeit(skraft) hergeben) arbeiten, und wie viel Geld sie dafür erhalten (und zwar im Wesentlichen so viel, um ihre Arbeitskraft zu erhalten). Die ArbeiterInnen produzieren dabei nicht nur Waren, die dem Wert ihrer Entlohnung entsprechen, sondern erzeugen darüber hinaus mehr Wert, also Mehrwert, der dem Kapitalisten bleibt. Bei einer Erhöhung der täglichen Arbeitszeit und bei einer Intensivierung der Arbeit, bei gleichbleibendem Lohn, steigt also die Zeit, in der die Beschäftigten für den Gewinn der Eigentümer wirtschaften. Wird die Arbeitszeit erhöht, steigt der absolute Mehrwert, bleibt sie gleich, wird aber intensiver gearbeitet, steigt der relative Mehrwert.

In Österreich und vielen anderen westlichen Ländern sind diese Verträge bezüglich Arbeitszeit seit Jahrzehnten so geregelt, dass die tägliche „Normalarbeitszeit“ acht Stunden und die wöchentliche 40 bzw. 38,5 beträgt. Diesen Zustand haben wir mittlerweile schon so lange, dass er für mehrere Generationen bereits als Naturgesetz erscheint – obwohl er für viele immer weniger mit der realen Arbeitssituation zu tun hat.

Marx schreibt dazu im 1. Band des Kapitals: „Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse“ (Das Kapital, Band I)

Das Ganze hat aber nichts mit Naturgesetzen zu tun, sondern mit dem Nachkriegsaufschwung, der Spielraum für Zugeständnisse bei der Arbeitszeit brachte – die aber dennoch erkämpft werden mussten. Dieser Aufschwung ebbte in den 1970ern ab und der Wettlauf um die Märkte begann intensiver zu werden. Auch wurde es immer schwieriger, hohe Profitraten zu erzielen. Also versucht das Kapital, den Kostenfaktor Arbeitskraft durch erhöhten Arbeitsdruck und Verlängerung der Arbeitszeit zu reduzieren, um so den erzeugten Mehrwert der einzelnen ArbeiterInnen zu erhöhen. Als ArbeiterInnen wehren wir uns natürlich dagegen – schließlich bedeutet diese Mehrarbeit nur mehr Profit für die KapitalistInnen. Wir kämpfen dagegen für eine Verkürzung der Arbeitszeit, um diese Ausbeutung zu verringern – und letztendlich abzuschaffen.

Thomas Hauer

# Geschenkt ist nix – Arbeitszeitverkürzung erkämpfen



In den letzten 150 Jahren wurden in zahlreichen Staaten gesetzliche oder kollektivvertragliche Beschränkungen der Arbeitszeit pro Woche und pro Tag eingeführt. Doch die Herrschenden haben der arbeitenden Mehrheit noch nie etwas geschenkt, jede Verbesserung, jede Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung, musste hart erkämpft werden.

Am Beginn der kapitalis-

Mitte des 19. Jahrhunderts kam es im Mutterland der industriellen Revolution, England, zu ersten Beschränkungen des Arbeitstages auf zehn Stunden. Die Maßnahme wäre nie umgesetzt worden ohne den Druck der ArbeiterInnen, die sich zu Tausenden auf öffentlichen Versammlungen und mit Kampfmaßnahmen in der wachsenden ArbeiterInnenbewegung für die Verkürzung der Ar-

beiterInnenbewegung und die Verwaltung zahlreicher Betriebe übernahmen. Die Herrschenden waren zu Zugeständnissen gezwungen, da sie sonst ihre Entmachtung durch die ArbeiterInnenräte fürchten. Doch die Arbeitszeitbeschränkung blieb ihnen ein Dorn im Auge. Die Arbeitszeit wieder zu erhöhen war eine der ersten Maßnahmen zuerst der Austrofaschisten und dann der Nazis – so schnellten die

In den 1970er-Jahren kam es in Deutschland zwischen einzelnen Gewerkschaften und den Industriellen zu einigen der längsten Arbeitskämpfe der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zuvor war die Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen, es kam zu Massenentlassungen in der Druckindustrie und einem Abbau von 10% der Stellen in der Metallindustrie. Die Gewerkschaftsführung, die sich in den vorangehenden Jahren auf jeden noch so faulen Kompromiss eingelassen hatte, kam nun unter den Druck der Basis. Zwischen 1978 und 1984 kam es dann zu einer Reihe von Streiks in mehreren deutschen Bundesländern, vor allem in der Metall- und Druckindustrie. Die Streiks führten zu einer Reihe von Verbesserungen, etwa zu der Einführung der 6. Urlaubswöche in mehreren Branchen sowie einer je nach Branche unterschiedlich starken Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Nicht nur DruckerInnen und MetallerInnen konnten solche Verbesserungen erzielen – die Angst vor Streiks ließ in diesen Fragen auch die Unternehmerverbände z.B. beim Einzelhandel und bei Banken und Versicherungen einknicken. Jedoch wurden die Streiks durch

die Gewerkschaftsführung praktisch ausnahmslos zu früh abgebrochen und gingen mit umfangreichen Zugeständnissen bei „flexibleren“ Arbeitszeiten einher.

Dass eine 35-Stunden Woche dennoch durchsetzbar ist, zeigte die Stadtregierung von Liverpool in den 1980er Jahren. In dieser waren AktivistInnen von Militant, der damals in der britischen Sozialdemokratie aktiven Vorgängerorganisation unserer britischen Schwesterpartei Socialist Party, führend. Neben einer ganzen Reihe anderer sozialer Maßnahmen wurde die Arbeitszeit pro Woche bei den öffentlich Bediensteten auf 35 Stunden begrenzt.

Für die Bosse sind Arbeitszeitregulierungen nie wirklich dauerhaft, sondern nur Zugeständnisse. In Österreich schreien Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer nach „Arbeitszeitflexibilisierung“ und meinen damit den 12-Stunden-Tag.

Niemand schenkt uns etwas. Wenn wir diese Verschlechterungen verhindern und wieder Verbesserungen erreichen wollen, dann müssen wir uns dafür politisch organisieren, demonstrieren und streiken.

**Manuel Schwaiger**

## Die Herrschenden haben den ArbeiterInnen noch nie etwas geschenkt, jede Verbesserung wurde erkämpft.

tischen Gesellschaft, in der Zeit während der industriellen Revolution, gab es keine Regelungen der Arbeitszeit. Der Arbeitstag dauerte zwischen 12 und sogar 16 Stunden, die Arbeitswoche hatte sechs Tage – und zwar für Männer, Frauen und Kinder. Die Arbeits- und Lebenssituation der ArbeiterInnen und ihrer Familien war menschenunwürdig.

So überrascht es nicht, dass die Forderung nach einer Begrenzung der Arbeitszeit eine der ersten Forderungen der sozialistischen und der ArbeiterInnen-Bewegung war.

beitszeit aussprachen.

Der 1. Mai, bis heute Kampftag der internationalen ArbeiterInnenbewegung, erinnert an einen Streik in Chicago für den 8-Stunden-Tag, der von den Behörden gewaltsam niedergeschlagen wurde.

Auch in Österreich war die Einführung des 8-Stunden-Tages Ergebnis der Organisierung und Kampfbereitschaft von Beschäftigten. Erstmals wurde eine solche Beschränkung in der revolutionären Phase nach dem 1. Weltkrieg eingeführt, als sich auch in Österreich ArbeiterInnen in Räten organi-

Profite der Industriellen in die Höhe. Die Lage der ArbeiterInnen verschlechterte sich, wer protestierte wurde verfolgt oder gar ermordet.

Mit dem Ende des Faschismus erstarkten die ArbeiterInnenbewegung und die Gewerkschaften wieder. Vor dem Hintergrund des Nachkriegsaufschwunges, der Systemkonkurrenz mit dem „Ostblock“ und einer selbstbewussten ArbeiterInnenbewegung sank zwischen 1958 und 1975 die Arbeitszeit pro Woche von 48 auf 40 Stunden, immer bei vollem Lohn, die Reallöhne verdoppelten sich.

# Generation Einzelkämpfer?

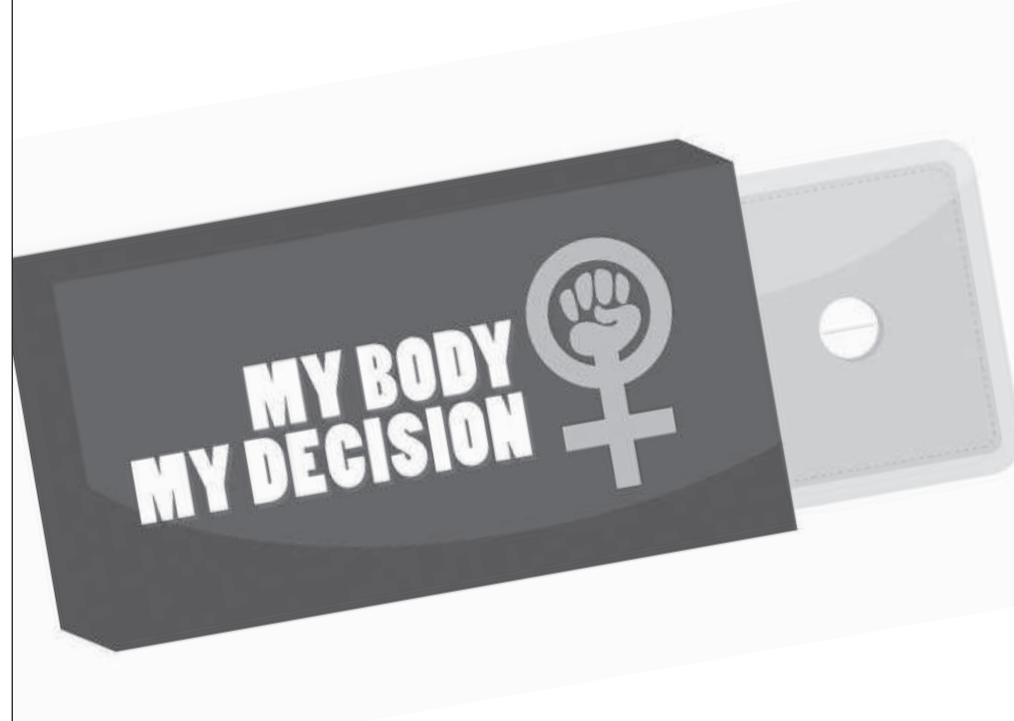
Um Selbstverwirklichung geht es bei der Berufswahl schon lange nicht mehr, zeigt eine Studie von Vice und der Arbeiterkammer Wien. Sie befragten 400 ÖsterreicherInnen zwischen 20 und 30 zur momentanen Situation in der Arbeitswelt. Diese sind sich einig: Sie ist dominiert von Unsicherheit bezüglich der Arbeitsverhältnisse, der Pension und der Jobsuche. Der starke Konkurrenzkampf ist ohne Ellbogen nicht zu gewinnen, wir werden in eine „Arena der Einzelkämpfer“ (Studienleiter Ikrath) geworfen. Das wichtigste an einem Job ist mit Abstand Geld – denn mehr hat uns Arbeit in diesem System offenbar nicht zu bieten. Selbstverwirklichung klingt eher wie ein Wunschtraum.

Als Studentin zeigen sich mir diese Aussichten schon bei der Studienwahl. Entweder man treibt sich mit einem Studium mit guten Jobchancen in die mentale Überforderung, oder man quält sich weniger, mit der Aussicht auf schlechte Bezahlung oder gar keine komplett andere Arbeit. Die Höhe des Bildungsabschlusses hat mit Jobsicherheit nichts zu tun: Genauso unter MaturantInnen ist die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse besonders hoch. Trotzdem wird

der Bildungsgrad wie in kaum einem anderen Land weitervererbt, was auch am besonders frühen Aussortieren durch das Schulsystem liegt: Wer mit zehn nicht an die „richtige“ Schule kommt, hat auch später kaum Chancen auf ein Studium.

Während nun mehr und mehr vom „Aufschwung“ nach der Krise die Rede ist, fragen wir uns, wo dann die Zukunftsaussichten geblieben sind. Denn statt sicheren und gut bezahlten Jobs winken uns nur prekäre Arbeit und Selbstausbeutung. Wer einen Job hat, leidet am meisten unter Stress, so die Studie – und das, während die anderen in Maßnahmen und AMS-„Schulungen“ vergammeln. Egal wie, die Zukunft der Jugend ist geprägt von Frust in Bildung und Beruf und so kann das nicht bleiben! Von der neuen Regierung können wir uns nichts erwarten – sie will weiter bei der Bildung sparen und die Rechte von Beschäftigten aushöhlen. Statt rechtlosen Selbstausbeuterjobs brauchen wir Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, um echte Jobs zu schaffen – und endlich die notwendigen Millionen für die Bildung und für eine echte gemeinsame Schule!

**Lisa Patscheider**  
und **Sebastian Kugler**



## Meine Pille danach – Mein Recht!

**Jede Frau** kann in die Situation kommen, in der sie eine Notfallverhütung, die „Pille danach“, benötigt.

### Rechtskonservative Regierung bedroht die Errungenschaft der rezeptfreien „Pille danach“.

Entgegen manchen Behauptungen ist diese KEINE Abtreibung, sondern verhindert das Entstehen einer Schwangerschaft.

Die „Pille danach“ ist in Österreich rezeptfrei und sollte flächendeckend erhältlich sein, allerdings haben nicht alle Apotheken die Notfallmedikation lagernd. Eine weitere Hürde: Unangenehmes Ausfragen von manchen

ApothekerInnen, obwohl es kein gesetzlich vorgeschriebenes Beratungsgespräch gibt. Die Kosten

te Regierung an die Macht kommt. Das polnische Abtreibungsrecht ist extrem restriktiv, und seit kurzem ist die „Pille danach“ nur auf Rezept erhältlich.

Wir müssen also mit Angriffen rechnen: Von der „Pille danach“, über das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zu Sozialkürzungen. Die Antwort darauf kann nur ein gemeinsamer, starker Kampf sein, der unsere Rechte nicht nur verteidigt, sondern darüber hinaus auch weitere Forderungen auf Selbstbestimmung stellt und erkämpft.

**Martina Gergits**

Mach mit beim großen Apothekentest: Infos unter: FB/meinepilledanachmeinrecht

## Gegen Sozialabbau und Bildungsklau

In **Oberösterreich** gibt es bereits eine schwarz-blaue Koalition auf Landesebene. Gestärkt durch die Nationalratswahlen plant die dortige Regierung ein Sparpaket, welches v.a. Einschnitte bei Jugend und Sozialem bedeutet. So droht ein Stellenabbau in der Schulsozialarbeit und an Fachhochschulen sollen Studiengebühren eingeführt werden. Betroffen sind 46 Studienlehrgänge an vier Standorten, mindestens 5.000 aktuelle

und zehntausende künftige Studierende. Gebühren von über 700 Euro pro Jahr mögen keine unüberwindbare Hürde sein. Aber wer nicht aus einer wohlhabenden Familie kommt, wird darunter leiden. Die SLP hat dagegen mobil gemacht. Wir organisierten eine Protestkundgebung und auch an den Protesten von verschiedenen Teilgewerkschaften im November und Dezember beteiligen wir uns.

**Nico Prettner**

## Kämpfer des Monats



**Mahmoud Salehi** ist iranischer Gewerkschafter. Acht seiner 55 Lebensjahre war er in Haft. Nun sollen es neun weitere werden, weil er sich für Aufbau von ArbeiterInnenorganisationen einsetzte. Trotz Herz- und Nierenschäden wird er im Gefängnis misshandelt. Das CWI organisiert eine Kampagne: Freiheit für Mahmoud!



# Für die sozialistische Republik Katalonien!

**Die Propaganda** der Bourgeoisie stellt die Geschehnisse in Katalonien als etwas komplett Unerkennbares für die ArbeiterInnen und Jugendlichen des restlichen spanischen Staates und auf internationaler Ebene dar. Sie haben versucht, die Kämpfe von Millionen Menschen für ihr Recht auf Selbstbestimmung zu kriminalisieren und vertuschen dabei die wirklichen

voran getriebenen. Diese lösten soziale Verwüstung aus, wobei Katalonien eines der Gebiete ist, die es am härtesten traf.

Da fällt es leicht, zu verstehen, dass viele Jugendliche und ArbeiterInnen in dem Unabhängigkeitskampf einen Weg gefunden haben, sich gegen die reaktionäre Regierung, die die Interessen der wenigen Reichen vertritt, aufzulehnen.

## Katalonien erhebt sich gegen die Repression der PP-Regierung, die mit Instrumenten der Diktatur arbeitet.

Gründe, die diese enorme Reaktion der Massen hervorgerufen haben.

Die nationale Unterdrückung in Katalonien ist eine spürbare Realität, die sich, seitdem die PP (Partido Popular - Volkspartei, deren Wurzeln im diktatorischen Francoregime liegen, Anm.) 2012 in die Zentralregierung kam, verschärft hat. Die Kampagne gegen alles Katalanische, die Sprache und die Kultur war eine Konstante dieser Jahre. Das hat die Erinnerungen an die Zeiten der Franco-Diktatur wiederaufleben lassen, wo Katalanisch zu reden gleichbedeutend mit Verfolgung und Gefängnis war. Parallel dazu hat die PP Kürzungen und Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse

Aber es ist nicht weniger klar, dass die PP nicht alleine für die Kürzungspolitik in Katalonien verantwortlich ist. Die katalanischen Bürgerlichen, die durch die PDeCat (Katalanische Europäische Demokratische Partei) und Puigdemont repräsentiert sind, vertraten letztendlich genau dieselbe Politik. Aus Misstrauen gegenüber der bürgerlichen Führung befanden sich deshalb viele linke Jugendliche und ArbeiterInnen, die gegen die Kürzungen sind, zunächst am Rande der Bewegung für das Recht auf Selbstbestimmung. Aber es wäre eine grobe Vereinfachung, diese Massenbewegung mit Puigdemont und seinen Leuten zu identifizieren. Dass sie so weit ge-

gangen sind, ist dem enormen Druck der Bewegung zu verdanken. Erst als sie ihre Positionen in Gefahr gesehen haben, begannen sie aus einer opportunistischen Haltung heraus, die Fahne der Unabhängigkeit zu schwenken.

**Die Repression** der PP, gemeinsam mit Ciudadanos (neuere neoliberale Partei, Anm.) und der PSOE (Sozi-

cher am 3. Oktober ganz Katalonien lahmlegte.

Die großen Konzerne und Banken sahen das revolutionäre Potenzial dieser Bewegung. Sie starteten eine Kampagne der Erpressung und drohten mit Abwanderungen. Es haben bereits 2.000 Firmen ihren Sitz aus Katalonien abgezogen. Dieselbe Strategie führte die EU-Troika auch bei der griechischen Bevölkerung durch. Aber die Kraft und der Antrieb derjenigen, die kämpfen, sind beeindruckend. Die Repression hat das Gegenteil davon bewirkt, was sie eigentlich bewirken sollte. Die spanische Zentralregierung sperrte AnführerInnen sozialer Bewegungen und Abgeordnete der katalanischen Regierung ein und löste das katalanische Parlament auf. Die Antwort darauf war erneut eine Massenmobilisierung am 8. November.

Als Izquierda Revolucionaria (Revolutionäre Linke, CWI in Spanien) und Sindicato de Estudiantes (SchülerInnen und Studierendengewerkschaft) verteidigten wir die katalanische Republik, die von Millionen im Widerstand gegen Repression und Erpressung erkämpft wurde. Aber die Republik, die wir verteidigen, ist nicht jene, die Puigdemont verteidigt. Sie ist eine Republik der Bevölkerung, genauer gesagt eine

sozialistische Republik Katalonien. Eine sozialistische Republik, die den Zwangsarbeiten, den Kürzungen und den unsicheren und schlecht bezahlten Jobs ein Ende bereitet, und welche in erster Linie durch soziale Rechte definiert wird.

So kann auch die Unterstützung aller ArbeiterInnen, katalanisch oder nicht katalanisch, einheimisch oder migrantisch, gewonnen werden.

Leider haben die Führungen der großen linken Parteien, Podemos und Izquierda Unida, die Bewegung bis jetzt im Stich gelassen. Sie haben ein solches Programm der „Stabilität“ des spanischen Staates untergeordnet. Doch nur mit so einem Programm können die linken Organisationen und Parteien in einer gemeinsamen Front das Gift der Spaltung, welches die Bourgeoisie verbreitet, überwinden. Sie können die katalanische Republik zu einem Sieg der vereinigten ArbeiterInnen, frei von jeglicher Unterdrückung, machen und den Kampf aller Unterdrückten im Rest Spaniens und der Welt inspirieren.

Ana Garcia

Generalsekretärin von Sindicato de Estudiantes und Mitglied der Leitung von Izquierda Revolucionaria [sindicatodeestudiantes.net/](http://sindicatodeestudiantes.net/) [izquierdarevolucionaria.net/](http://izquierdarevolucionaria.net/)

# Deutschland in der Krise

**Wo um** Deutschland herum Regierungen kollabierten und kaum wer wiedergewählt wurde, überstand Kanzlerin Merkel sogar Eurokrise und Flüchtlingsstrom und regiert seit 2005 in unterschiedlichen Koalitionen. Stabile Wirtschaft - stabile Regierung. Das Platzen der Jamaika-Koalitionsverhandlungen löste jetzt eine politische Krise aus, die vermutlich Neuwahlen bringt. Einige Monate ohne Regierung lassen sich überstehen: Nach den belgischen Wahlen 2010 dauerte es 540 Tage bis eine neue Regierung stand, was sich auf den Alltag der BürgerInnen kaum auswirkte. Aber die politische Krise in Deutschland geht über die Unfähigkeit, eine Regierung zu bilden, hinaus: Die FDP fürchtet, in einer 4er-Koalition wie Jamaika nicht genug vorzukommen und bei den nächsten Wahlen wieder aus dem Bundestag raus zu fliegen. Die SPD hat Angst vor einem Schicksal wie andere Sozialdemokratien in Europa, die teilweise in den einsteligen Bereich absanken. Hier stehen Parteiinteressen vor dem Interesse des Kapitals nach einer ihm genehmen handlungsfähigen Regierung. Das folgt einem interna-

tionalen Trend: Trump und Brexit sind weitere Beispiele dafür, dass aus Sicht des Kapitals kein Verlass mehr auf ihren Staat ist. Hintergrund ist als Folge der wirtschaftlichen Probleme und der Unfähigkeit der Herrschenden, diese zu lösen, eine Vertrauenskrise in die Parteien, ihre Politik und eigentlich das ganze politische System.

**Es ist** unmöglich geworden, die Politik für das Kapital noch als Politik für die Mehrheit der Bevölkerung zu verkaufen. Diese Vertrauenskrise in die bürgerlichen Parteien kann eine Chance für die Linke sein. Das Interesse der Herrschenden ist Stabilität, also ein weiter so mit Politik für Reiche gegen die Interessen von ArbeiterInnen und Jugendlichen. Hier klar gegen die Bürgerlichen aufzutreten und sie erstens als verantwortlich für die sozialen Probleme zu benennen und zweitens eine klare, sozialistische Alternative gegen das „Weiter so“ anzubieten, ist nötig. Das ist der Weg nicht nur zu einem besseren Wahlergebnis, sondern auch die einzige Lösung gegen das Erstarken der Rechten und für sozialen Fortschritt statt Kürzungspolitik!

**Tilman M. Ruster**



## „Erfolgsstory“ Syriza?

**Beifall erhielt** Alexis Tsipras von Trump & IWF: Griechenland mache einen hervorragenden Job. D.h: Massensteuern wurden angehoben, Pen-

rophal. Die Löhne sinken seit Jahren. Die Hälfte der Beschäftigten im privaten Sektor lebt an der Armutsgrenze. Viele erhalten ihre Löhne und

te. Allerdings ist sie nicht vergleichbar mit jener im BürgerInnenkrieg 1945-49 oder der Militärdiktatur 1967-74.

**Seit fast drei Jahren setzt Syriza das brutale Kürzungsdiktat der EU-Troika in Griechenland um.**

sionen im Schnitt um 9% gekürzt, massive Privatisierungen umgesetzt. Syriza behauptet, dass man die Sparpolitik beende, sobald die Krise vorbei sei. Doch trotz zartem Wachstum von 1,5-2% glaubt in Griechenland niemand daran. Die soziale Lage ist katast-

Gehälter erst bis zu 15 Monate später. Die Stimmung ist eine von tiefer Wut, aber auch Demoralisierung und Frustration. Wo es Proteste gibt, sind sie oft mit Repression konfrontiert. Die Niederrage, durch die die griechische ArbeiterInnenklasse geht, ist eine erns-

Die ArbeiterInnenklasse wird mit ihren kämpferischen Traditionen die Bühne wieder betreten. SozialistInnen stehen vor einer doppelten Aufgabe. Einerseits die politischen Schlussfolgerungen aus der Kapitulation Syrizas zu ziehen: dass es nötig ist, mit dem Kapitalismus zu brechen, um die Sparpolitik zu beenden. Und andererseits die verschiedenen Bewegungen in Griechenland zusammenzubringen und in einer gemeinsam Formation mit sozialistischem Programm zu vereinen.

**Laura Rafetseder**

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Deutschland: Miethai enteignen

**Das Unternehmen** Intown besitzt Wohnhäuser in ganz Deutschland. 2017 mussten bereits drei Wohnkomplexe wegen baulicher oder hygienischer Mängel von den MieterInnen geräumt werden. Mit den Mietentnahmen wurden nicht längst notwendige Reparaturen ermöglicht, sondern mehr Profite für Intown. Nach der jüngsten Evakuierung wurde von Mitgliedern der SAV (CWI in Deutschland) und betroffenen MieterInnen die

Initiative „Hannibal II“ ins Leben gerufen. Zu den Forderungen der Initiative zählen Übergangswohnungen und Enteignung der Wohnkomplexe sowie Überführung in öffentliche Hand. Trotz nur kurzer Mobilisierungszeit konnte eine Demonstration der MieterInnen mit knapp 100 TeilnehmerInnen gestartet werden, die mit Transparenten und Sprechchören lautstark ihre Forderungen deutlich machten.

[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

## USA: Wahl in Minneapolis

**Die Sozialistin** Ginger Jentzen kandidierte für den Stadtrat von Minneapolis mit Forderungen nach höheren Steuern für Reiche und Senkungen der Mieten. Trotz Hetzkampagne der etablierten Parteien konnte Jentzen von Socialist Alternative (CWI in den USA) im 1. Wahlgang die Mehrheit der Stimmen erreichen, in Arbeiter- und Studierendentenvierteln sogar über 50%. Nur das undemokratische Wahlsystem sicherte

dem Kandidaten der Demokraten den Sieg. Jentzen wurde von der PflegerInnengewerkschaft, der TransportarbeiterInnen-Gewerkschaft und anderen Gewerkschaften unterstützt. Ohne eine einzige Spende von Firmen wurden Spendenrekorde aufgestellt. Jentzen's Wahlkampf konnte tausende Menschen für sozialistische Ideen und eine Mobilisierung gegen Banken und Konzerne begeistern.

[www.socialistalternative.org](http://www.socialistalternative.org)

## Irland

**Am 3. und 4.** November fand das zweite Mal „Dangerous Ideas“ der Socialist Party (CWI in Irland) statt. Es war ein großartiger Erfolg mit rund 350 TeilnehmerInnen, darunter viele AktivistInnen der „Repeal“ Bewegung, die für Abtreibungsrechte kämpft. Es gab breit gefächerte Beiträge über die Lehren der Russischen Revolution und darüber, wie Sozialismus funktionieren kann.

[www.socialistparty.ie](http://www.socialistparty.ie)

# Widerstand gegen Schwarz-Blau: Was können wir von 2000 lernen?



**Wieder droht** eine schwarzblaue Regierung. Viele haben zurecht Angst und es wird Proteste geben – auch wenn wir Themen und Umfang noch nicht wissen. Es wird keine Wiederholung

mos“. „Wir gehen, bis ihr geht“ war das Motto. Eine ganze Generation wurde politisiert, 20% aller WienerInnen unter 30 hatten an der „Widerstandsbewegung“ teilgenommen. Die

schärfungen im Fremdenrecht zu.

Der für die Regierung gefährlichste Widerstand kam aus den Gewerkschaften. Die Wiener AK organisierte eine Demonstrati-

on und es gab einen Warnstreik der LehrerInnen. Der ÖGB mobilisierte 2003 zu zwei Aktionstagen bzw. einem de facto Generalstreik gegen die Pensionsreform. Die EisenbahnerInnen legten ebenfalls 2003 das Land für mehrere Tage gegen die geplante Zerschlagung der ÖBB und Verschlechterungen im Dienstrecht lahm. All das spiegelte den Druck aus der Basis wider. Doch die Gewerkschaftsführung hatte Angst vor einer Dynamik, die sie nicht mehr kontrollieren könnte. Hand in Hand mit der SPÖ-Führung würgte sie die Streikbewegung ab.

**Um die Bewegung** zum Erfolg zu bringen, hätte es eine politische Alternative gebraucht. Dass es eine solche ArbeiterInnenpartei, mit Verankerung in Straßen und Betrieben, nicht

gab, rächte sich bitter. Die SLP war seit längerem für den Aufbau einer solchen neuen linken Kraft eingetreten. Doch viele Linke argumentierten, man müsse nun SPÖ bzw. Grün unterstützen. Und v.a. fehlte großen Teilen der Linken eine Strategie, um zu gewinnen. Die SLP war Teil des „Aktionskomitees gegen Blau-Schwarz“, das in den Donnerstagsdemos eine wichtige Rolle spielte. Wir setzten uns für eine stärkere Organisierung und Planung der Proteste und Aktionen und v.a. für eine Orientierung auf die Organisationen und Methoden der ArbeiterInnenklasse ein. Wir waren in der Minderheit. Die Mehrheit sah in der Unorganisiertheit der Bewegung einen Vorteil und wollte keine konkreten nächsten Schritte vorschlagen. Insgesamt fehlte jenen, die real die Führung der Bewegung darstellten, die Vorstellung und das Vertrauen, dass „normale Menschen“, also die ArbeiterInnenklasse, die Kraft sind, um eine solche Regierung zu Fall zu bringen.

2017 müssen wir aus 2000 lernen: Die Angriffe durch die kommende Regierung werden kommen – und zwar egal, wie diese sich zusammensetzt. Und es wird Proteste auf unterschiedlichen Ebenen geben. Diese Proteste müssen zusammengeführt werden. Organisieren wir demokratische Komitees und Aktionsgruppen in allen Bereichen. Sie brauchen offensive Forderungen, die sich letztlich darum drehen, wie das Geld der Reichen erkämpft werden kann, damit alle Menschen in Würde leben können. Und sie müssen organisiert werden. Vernetzung ist gut, aber ein Schritt zu wenig. Dass es bei Wahlen keine starke linke Kraft gibt, ermöglicht es der extremen Rechten und Listen, die bestenfalls skurril, eher gefährlich, sind, sich als „Alternative“ aufzuspielen. Wir brauchen endlich eine linke Organisation, eine Partei, die den Unmut auf der Wahlebene ausdrücken kann und die v.a. Menschen, die sich wehren wollen, eine echte Alternative bietet. Die SLP wird wieder Teil des Widerstands sein und sich für den Aufbau einer solchen Kraft einsetzen. Kämpferische Gewerkschaften und eine neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm sind die besten Waffen im Kampf gegen eine schwarzblaue Regierung und ihr Programm.

**Sonja Grusch**

## Die Widerstandsbewegung war großartig – Doch diesmal wollen wir gewinnen!

der Widerstandsbewegung von 2000. Aber wir müssen aus 2000 lernen, um künftige Proteste effektiver zu machen.

Die Widerstandsbewegung begann am 1. Februar 2000 mit der Besetzung der ÖVP-Zentrale. Am 4. Februar war der Ballhausplatz voll und die neue Regierung musste unterirdisch zur Angelobung gehen. Es folgten wochenlange Demonstrationen mit jeweils Zehntausenden. Die SLP spielte eine zentrale Rolle in der Widerstandsbewegung. Wir setzten die Initiative für den größten politischen Schulstreik bisher: am 18.2. streikten 15.000 SchülerInnen gegen die FPÖ-ÖVP Regierung. Am 19.2. waren 300.000 Menschen in Sternmärschen auf der Straße. Ab dann gab es wöchentlich über ein Jahr lang die „Donnerstagsde-

Bewegung war großartig und einzigartig und für alle, die dabei waren ein wichtiger Teil ihres (politischen) Lebens.

Die EU setzte damals auf Sanktionen. Staaten, die selbst rassistische und neoliberalen Politik machten, ermöglichten der blau-schwarzen Regierung, sich als „Opfer“ darzustellen. Die (parlamentarische) Opposition sowie ihr nahestehende Organisationen forderten „Neuwahlen“. Doch bei den Nationalratswahlen 2002 verlor zwar die FPÖ, dafür gewann die ÖVP stark und die Regierung wurde fortgesetzt. Warum sollte man auch für die SPÖ stimmen? Das schwarzblaue Regierungsprogramm trug in weiten Teilen die Handschrift der SPÖ. Diese stimmte auch in der Opposition zahlreichen Ver-



## #me too gegen Sexismus!

*#me too nur die Spitze des Eisberges: Benachteiligung und Abhängigkeit bereiten Übergriffen den Boden.*

Auch wenn sich VertreterInnen der etablierten Parteien für die Gleichberechtigung von Frauen aussprechen – ihre Politik zeichnet ein anderes Bild. Jüngste Angriffe in Oberösterreich zeigen, in welche Richtung es geht. Neben der Kürzung der Mindestsicherung, die Mehrkindfamilien in existenzbedrohende Armut zwingt, werden nun für die ohnehin dünn gesäte ganztägige Kinderbetreuung Gebühren eingeführt. Diese „zurück an den Herd“-Politik wird

die Selbstbestimmung von Frauen weiter untergraben. Ähnliches Drohpotential haben die Pläne von FPÖ-VP zu Arbeitszeitflexibilisierung sowie Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten: beides erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie massiv – für Frauen und Männer.

Damit Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können, braucht es eine faire Verteilung von Erwerbsarbeit und Einkommen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn

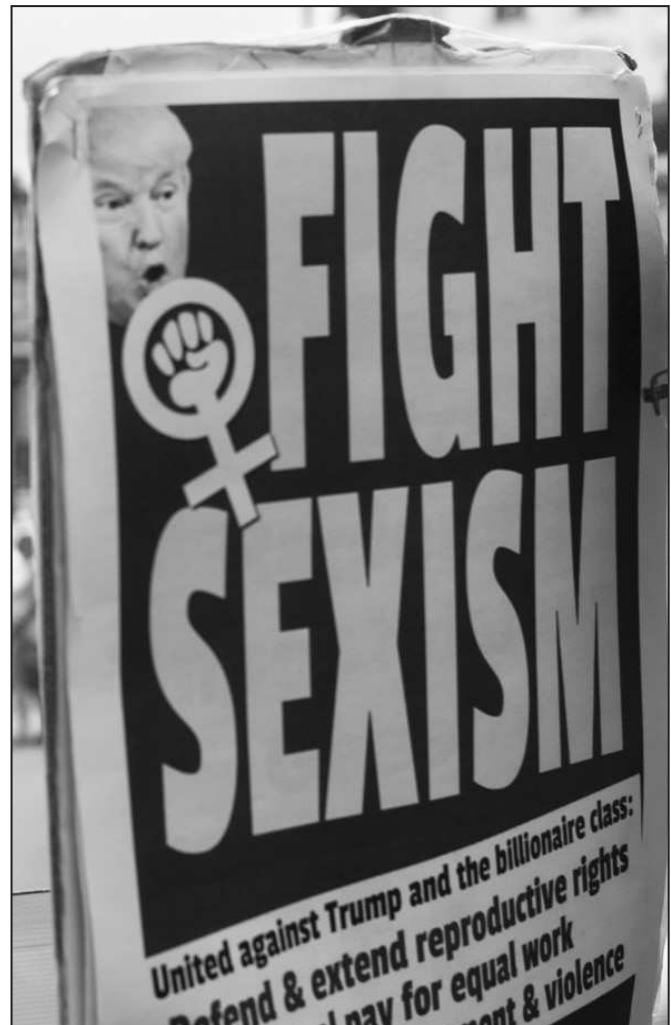
statt 12h-Tag oder Herdprämie à la FPÖ. Öffentliche Leistungen bei Bildung, Gesundheit und Pflege müssen massiv ausgebaut und die mehrheitlich weiblichen Beschäftigten angemessen bezahlt werden. Es braucht gratis Verhütungsmittel, flächendeckenden Aufklärungsunterricht und Zugang zu Schwangerschaftsabbruch. Für all das gemeinsam zu kämpfen, bedeutet Belästigung und Übergriffen den Boden zu entziehen!

Irene Mötzl



Beeinträchtigte wehren sich.

Mehr auf Seite 5



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.